



Verein Landschaftsschutz Platzenberg e.V.

10. März 2006

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 01. März. Herr Korwisi hat es an mich weitergeleitet. Gerne nehmen wir Stellung zu Ihren Fragen.

Das Thema „Platzenberg“ haben wir an zwei Stellen in unserem Kommunalwahlprogramm festgeschrieben. 1. In unserem Kurzprogramm „21 x GRÜN – Fit für das 21. Jahrhundert“ heißt es unter Punkt 15:

Platzenberg und Bornberg erhalten

Den Platzenberg und den Bornberg nicht bebauen. Wir wollen diese wertvollen Bereiche im Sinne des Naturschutzes für Anlieger, Spaziergänger und als Frischluftproduzenten erhalten.

2. In unserem Grundsatzprogramm heißt es auf Seite 11:

Die GRÜNEN fordern die Erstellung von Landschaftsplänen, u.a. für den Lohwald, das Er-lenbachtal sowie für den Platzenberg zwischen der B 456, der Zeppelinstraße, der Tannenwaldallee und der Berliner Siedlung.

An anderer Stelle heißt es dort auf Seite 33:

Grundwasser und Frischluftschneisen schützen. Unbedingt beachtet werden muss nach Auffassung der GRÜNEN, dass die Frischluftschneisen Kirdorfer Bachtal, Heuchelheimer Hohl, Platzenberg und Kirdorfer Feld nicht zugebaut oder verriegelt werden... Die beiden großen städtischen Grünzüge entlang der Bäche müssen erhalten bleiben, entwickelt und ausgeweitet werden. Auch überregionale Grünzüge sind von Bebauung freizuhalten sowie vor sonstiger Beeinträchtigung zu schützen, da sie als wertvolle Naherholungsbereiche sowie in stadt-ökologischer Hinsicht für den Menschen elementar wichtig sind.

Die zitierten Stellen können Sie in unserem Programm auf unserer Internetseite www.gruene-bad-homburg.de, Link >Kommunalwahl 2006 >Grundsatzprogramm bzw. >Programm 2006 nachlesen.

Ihre Fragen im Einzelnen:

1. Prüfung und Vermeidung der negativen Umweltauswirkungen

Wir setzen uns bei der Erstellung aller Bebauungspläne dafür ein, dass im Bebauungsplanverfahren eine Umweltprüfung stattfindet. Wir sind daher der Meinung, dass alternativ Flächen geprüft werden sollten, da nicht auszuschließen ist, dass das vorgesehene Gebiet am Bommersheimer Weg für die Schule nicht der bestmögliche Standort ist. Einen Standort außerhalb Bad Homburgs können wir uns nicht vorstellen, da Bad Homburg als Kreisstadt besonders für Schulen, die es nur einmal im Hochtaunuskreis gibt, Standort sein sollte.

2. Gebot vorrangiger Nutzung öffentlichen Eigentums

Die Grundstücke befinden sich im Wesentlichen in Besitz einer einzigen Erbengemeinschaft bzw. Familie, die gegenüber dem Hochtaunuskreis, der die Grundstücke erwerben müsste, ihre Verkaufsbereitschaft erklärt haben soll. Grundsätzlich sollten öffentliche Einrichtungen natürlich auf im öffentlichen Besitz befindlichen Flächen gebaut werden. Allerdings sind derartige Flächen in Bad Homburg besonders rar. Da es sich derzeit im rechtlichen Sinne um Ackerland handelt und eine Bebauung nur möglich ist, wenn dort von der Stadt ein B-Plan erstellt wird, ist nicht mit sehr hohen Grunderwerbskosten (ca. 300 Euro/qm) zu rechnen. Wenn es zur Realisierung der Planungen kommen sollte, stünden diesen Ausgaben im übrigen ähnliche Einnahmen für den Verkauf des jetzigen Schulgrundstückes (485 Euro/qm) gegenüber.

3. Streichung der Wohnplanbebauung im Flächennutzungsplan

Die GRÜNEN sind klare Gegner einer weiteren Wohnbebauung auf oder am Platzenberg. Daher ist auf unsere Intention hin eine Veränderungssperre beschlossen worden, die sicherstellt, dass es zum Beispiel am Grünen Weg keine weitere Bebauung mehr geben wird. Ziel des Bebauungsplanverfahrens muss es nach Ansicht der GRÜNEN sein, jegliche Wohnbebauung im Platzenberg-Bereich zu unterbinden.

4. Gebot der Verkehrserschließungsplanung und das Gebot der Trennung von Wohnen und Verkehrslärm

Die Pestalozzischule hat im Augenblick rund 230 Schüler, diese Zahl kann sich sicherlich erhöhen. Allerdings ist festzustellen, dass rund 90% aller Schüler nicht mit dem PKW kommen oder gebracht werden, sondern, da es sich um Behinderte handelt, mit Bussen, die der Hochtaunuskreis einsetzt, zur Schule kommen. Vor diesem Hintergrund sehen wir keine höheren Verkehrsbelastungen am Bommersheimer Weg, als die, die am derzeitigen Standort in der sehr engen Wiesbadener Straße in Kirdorf existieren. Die Verkehrsberuhigung auf dem Bommersheimer Weg und der Berliner Straße soll nach unserer Ansicht auf jeden Fall erhalten bleiben. Zusätzliche Halteverbote auf der Berliner Straße und dem Bommersheimer Weg halten wir nicht für nötig.

5. Aufklärung der Planungskonflikte durch Gutachten

In der Tat sind die Planungskonflikte hinsichtlich der Kaltluftströme bisher noch nicht untersucht worden, weil das Bebauungsplanverfahren noch am Anfang steht. Daher unterstützen wir selbstverständlich Ihre Forderung nach Einholung eines Gutachtens des Deutschen Wetterdienstes oder einer anderen kompetenten Stelle hinsichtlich der Auswirkungen der geplanten Bebauung auf das Kleinklima. Selbstverständlich unterstützen wir auch die Erstellung einer Verkehrsprognose sowie einer Prognose der Belastung der angrenzenden Wohngrundstücke.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Antworten behilflich gewesen zu sein und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Ihre GRÜNEN Bad Homburg